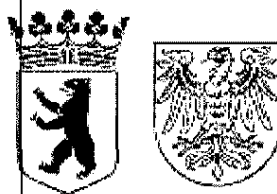


# Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

verkündet am:  
17. Juni 2015

Az.: L 7 KA 38/12  
Az.: S 22 KA 504/09  
Sozialgericht Berlin



Hocke  
Justizbeschäftigte  
als Urkundsbeamtin  
der Geschäftsstelle

## Im Namen des Volkes Urteil

1. **Heinz-Helmut Dohmeier,**  
Offenbacher Straße 1, 14197 Berlin
2. **Alexander Klutke,**  
Breite Straße 65, 13597 Berlin
3. **Dr. Dietmar Palloks,**  
Müllerstraße 153, 13353 Berlin

**- Kläger und Berufungskläger -**

zu 1 bis 3 Prozessbevollmächtigter:  
Rechtsanwalt Hans-Joachim Dohmeier,  
Muckentaler Straße 4, 74834 Eitztal-Dallau

**gegen**

Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin,  
bestehend aus Dr. Jörg-Peter Husemann, Dr. Karl-Georg Pochhammer und  
Karsten Geist,  
Georg-Wilhelm-Straße 16, 10711 Berlin

**- Beklagte und Berufungsbeklagte -**

hat der 7. Senat des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg auf die mündliche Verhandlung vom 17. Juni 2015 durch den Vorsitzenden Richter am Landessozialgericht Laurisch, die Richter am Landessozialgericht Seifert und Hutschenreuther sowie die ehrenamtlichen Richter Müller-Reichenwallner und Dr. Gerstenberger für Recht erkannt:

**Die Berufung der Kläger gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 03. April 2012 wird zurückgewiesen.**

**Die Kläger tragen auch die Kosten des Berufungsverfahrens.**

**Die Revision wird nicht zugelassen.**

## Tatbestand

Die Beteiligten streiten um Einsichtsrechte im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung 2006.

Die Kläger nehmen seit mehreren Jahren an der vertragszahnärztlichen Versorgung in Berlin teil, sind Mitglieder der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) und wurden in deren Vertreterversammlung vom 14. Februar 2005, der sie damals teilweise angehörten, zu den (damals alleinigen) Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses gewählt. In dieser Funktion sowie als Mitglieder der Vertreterversammlung sehen sie sich in ihrer Arbeit im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2006 durch den beklagten Vorstand der KZV behindert. In der Vertreterversammlung der KZV vom 8. September 2008 wurde mehrheitlich beschlossen, das Thema „Behinderung der Arbeit des Rechnungsausschusses“ an den Hauptausschuss zu verweisen. Die per E-Mail vom 30. September 2008 an ein Mitglied des Beklagten gerichtete Bitte des Klägers zu 1), den Klägern Einsicht in die Konten 5999 und 5998 zu gewähren, lehnte dieses Mitglied des Beklagten, sinngemäß unter Berufung auf Datenschutzaspekte, ab. In einer Stellungnahme des Beklagten vom 29. April 2009 werden diese Konten wie folgt beschrieben:

„Es handelt sich nicht um individuelle Honorarkonten. In der Finanzbuchhaltung müssen die individuellen Honorare des Zahnärztekontokorrents parallel als Sammelkonten der Honorarverteilung geführt werden. Die Konten 5998 und 5999 gehören zu einer großen Anzahl von Honorarverteilungskonten innerhalb der Kontenklasse ‚5‘ im Kontenrahmen für KZVen. Wenngleich die Buchungstexte in der Finanzbuchhaltung begrenzt sind, lassen sich überwiegend Abrechnungsnummern oder Namen den einzelnen Buchungen entnehmen.“

Am 15. Juni 2009 beschloss die Vertreterversammlung der KZV mehrheitlich, den Vorstand für das Rechnungsjahr 2006 zu entlasten. Am 29. Juni 2009 beschloss die Vertreterversammlung der KZV, zwei weitere Mitglieder für den Rechnungsprüfungsausschuss nachzuwählen. Seit Beginn der laufenden Wahlperiode gehört keiner der Kläger mehr dem Rechnungsprüfungsausschuss an.

Ihre am 15. Juni 2009 erhobene, auf Gewährung von „Einsicht in die bei der KZV Berlin im Jahr 2006 geführten Konten 5999 und 5998“ gerichtete Klage hat das Sozialgericht mit Gerichtsbescheid vom 3. April 2012 abgewiesen und zur Begründung ausgeführt: Die Klage sei unzulässig, weil es den Klägern an der erforderlichen Möglichkeit der Verletzung eigener oder organschaftlicher Rechte fehle. Ihnen stehe keine Rechtsposition zu, deren Durchsetzung im Klageverfahren auch nur möglich wäre. Die Kläger seien zwar beteiligtenfähig gemäß § 70 Nr. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) analog, weil sie aufgrund einer mehrheitlichen Willensbildung berechtigt seien, das Organ „Rechnungsprüfungsausschuss“ und dessen organschaftliche Rechte gerichtlich zu vertreten. Es handele sich um einen In-Sich-Prozess, bei dem der Vorstand der KZV als Organ selbständig verklagt werden könne. Allerdings stünden den Klägern, d.h. dem Organ Rechnungsprüfungsausschuss, weder nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen noch nach der Satzung der KZV oder der von ihrer Vertreterversammlung beschlossenen Rechnungsprüfungsordnung oder der Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV) eigenständige Rechte zu, die sie gegenüber anderen Organen oder Organteilen der KZV rechtlich durchzusetzen befugt wären. Das Gesetz räume in § 79 Abs. 3 Satz 2 Sozialgesetzbuch/Fünftes Buch (SGB V) entsprechende Kontrollrechte lediglich der Vertreterversammlung ein. Diese Rechte habe die Satzung der KZV nicht dem – lediglich beratend tätigen und nicht mit originären Entscheidungsbeugnissen ausgestatteten – Rechnungsprüfungsausschuss als weisungsfreie Organkompetenz zugewiesen. Die von der Vertreterversammlung der KZV am 15. Juni 2009 beschlossene Rechnungsprüfungsordnung (RPO) schränke nicht anderweitig begründete Rechte des Rechnungsprüfungsausschusses ein, sondern begründe diese erstmals. Die Geltendmachung vom Vorstand verweigerter Einsichtsrechte sei darin dem Hauptausschuss bzw. der Vertreterversammlung zugewiesen. Im Übrigen sei ein In-Sich-Prozess immer dann ausgeschlossen, wenn eine verwaltungsinterne Möglichkeit zur Streitbeilegung – hierfür käme im vorliegenden Fall insbesondere die Vertreterversammlung in Betracht – bestehe. Die Kläger könnten ihre Einsichtsrechte auch nicht als Mitglieder der Vertreterversammlung geltend machen, weil sie unter keinem denkbaren Gesichtspunkt berechtigt seien, für diese aufzutreten.

Gegen diesen ihnen am 10. April 2012 zugestellten Gerichtsbescheid richtet sich die Berufung der Kläger vom 27. April 2012, zu deren Begründung sie vortragen: Der Gerichtsbescheid hätte schon aus formellen Gründen niemals ergehen dürfen, weil die

Sache besondere rechtliche Schwierigkeiten aufweise, was sich schon daraus ergebe, dass der Kammervorsitzende mehr als zwei Jahre für seine Entscheidung gebraucht, in dieser Zeit seine Rechtsansicht mehrfach gewechselt, zur Entscheidung des Rechtsstreits bereits eine mündliche Verhandlung anberaumt habe und der Gerichtsbescheid eine Unzahl von Verweisen auf Kommentare und Entscheidungen aus entlegenen und nicht einschlägigen Sachgebieten enthalte. Die vom Sozialgericht vorgenommene Gesetzesauslegung des § 70 SGG sei merkwürdig, die weiteren Ausführungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit einer Organklage bzw. deren Unzulässigkeit im vorliegenden Fall lägen neben der Sache. Nach der vom Sozialgericht vertretenen Rechtsansicht werde § 79 Abs. 3 SGB V ad absurdum geführt. Nachdem die Kläger im Rahmen ihrer Rechnungsprüfung des Jahres 2008 (gemeint wohl: 2006) den Vorstand im Frühjahr und Sommer 2008 mehrfach aufgefordert hätten, ihnen Einsicht in die genannten Honorarverteilungskonten zu gewähren, und zunächst der Vorstand und danach die Vertreterversammlung, in der die Parteigänger des Vorstands die Mehrheit hätten, dieses mit allen nur denkbaren - auch offen gesetzwidrigen - Maßnahmen bis hin zur Verabschiedung einer Rechnungsprüfungsordnung, die gegen § 79 SGB V verstoße, die Einsichtnahme in die Honorarverteilungskonten zu verhindern versucht hätten und nach wie vor verhinderten, sei es ein juristisches Unding, von ihnen zu verlangen, dass sie ihre Rechte über die Vertreterversammlung geltend machen müssten. Dies stelle gewählte Rechnungsprüfer schlicht rechtlos. Die am 8. September 2009 von der Mehrheit der Vertreterversammlung beschlossene Rechnungsprüfungsordnung sei formell und inhaltlich rechtswidrig. Der mit der Einladung zur Vertreterversammlung versandten Tagesordnung sei nicht zu entnehmen gewesen, dass ein Beschluss über den Entwurf einer RPO gefasst werden solle. Sie verstoße auch gegen § 79 SGB V. Wenn das Gesetz ein umfassendes Einsichts- und Prüferecht gewähre, dürfe dieses nicht durch Regelungen beschränkt werden, die es in das Belieben des Vorstandes oder eines anderen Organs der KZV – den Hauptausschuss – stellten, zu bestimmen, welche Unterlagen die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses einsehen und prüfen dürften. Auch die am 29. Juni 2009 erfolgte Nachwahl von zwei weiteren Rechnungsprüfern sei nicht rechtens gewesen. Das Einsichts- bzw. Prüfungsrecht dürfe von jedem einzelnen rechtmäßig gewählten Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses wahrgenommen werden. Die Entlassung des Vorstandes vom 7. September 2009 sei unwirksam, da die Geschäftsunterlagen nicht hätten sorgfältig geprüft werden können, wie sich schon aus der durch den Beklagten verweigerten Konteneinsicht ergebe. Die Entlassung könne sich

nur auf die der Vertreterversammlung bekannten Umstände beziehen. Nach dem von der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales vorgelegten Bericht nach § 274 SGB V über die Prüfung der KZV Berlin für die Jahre 2011/12 habe der Beklagte dieser gegenüber erläutert, die sich auf den Konten 5998 und 5999 befindlichen Beträge dienten als Reserve, um Verpflichtungen erfüllen zu können, ohne die aktuellen Honorarzahlungen zu belasten. Dies habe wenig mit den früheren Bekundungen des Beklagten gemein. Die Aufgaben der körperschaftsintern gewählten Rechnungsprüfer ergäben sich für die Zeit bis zum Erlass der RPO am 15. Juli 2009 aus § 7 der Satzung der KZV. Der Feststellungsantrag finde seinen Grund darin, dass die Verweigerung der Einsicht für die Kläger fortdauernd diskriminierenden Charakter habe. Ihr Interesse an einer Rehabilitierung oder Genugtuung ergebe sich aus dem grundrechtlichen Persönlichkeitsschutz durch Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz (GG) i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG.

Die Kläger beantragen,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 03. April 2012 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihm Einsicht in die bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin im Jahr 2006 geführten Konten 5999 und 5998 zu gewähren,

hilfsweise,

festzustellen, dass die den Klägern als früheren Mitgliedern des früheren Rechnungsprüfungsausschusses nicht gewährte Einsichtnahme in die bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin im Jahre 2006 geführten Konten 5999 und 5998 rechtswidrig war.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

Wegen des Sach- und Streitstandes im Einzelnen sowie wegen des weiteren Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakte sowie die beigezogene Verwaltungsakte, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung war, verwiesen.

## Entscheidungsgründe

Die zulässige Berufung ist unbegründet. Im Ergebnis zu Recht hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Die Kläger haben gegen den Vorstand keinen Anspruch (mehr), Einsicht in die o.g. Konten zu erhalten. Auch der hilfsweise gestellte Feststellungsantrag bleibt ohne Erfolg.

I. Es spricht schon vieles dafür, dass die Klage aus den vom Sozialgericht angeführten Gründen unzulässig ist. Dies kann der Senat jedoch offen lassen.

II. Denn die Klage ist mit dem Hauptantrag jedenfalls unbegründet.

1. Zwar kann zugunsten der Kläger davon ausgegangen werden, dass der Vorstand als das die Einsicht verweigernde Organ der KZV auch der richtige Beklagte ist.

2. Die einschlägigen Rechtsvorschriften stützen das klägerische Begehren indes nicht.

a) § 79 Abs. 3 SGB V lautet:

(3) Die Vertreterversammlung hat insbesondere

1. die Satzung und sonstiges autonomes Recht zu beschließen,
2. den Vorstand zu überwachen,
3. alle Entscheidungen zu treffen, die für die Körperschaft von grundsätzlicher Bedeutung sind,
4. den Haushaltsplan festzustellen,
5. über die Entlastung des Vorstandes wegen der Jahresrechnung zu beschließen,
6. die Körperschaft gegenüber dem Vorstand und dessen Mitgliedern zu vertreten,
7. über den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken sowie über die Errichtung von Gebäuden zu beschließen.

Sie kann sämtliche Geschäfts- und Verwaltungsunterlagen einsehen und prüfen.

Danach ist ein Rechnungsprüfungsausschuss gesetzlich nicht vorgeschrieben, sodass sich aus dieser Vorschrift auch keine Rechte dieses Ausschusses ableiten lassen.

b) Im Übrigen verweist § 78 Abs. 3 Satz 3 SGB V u.a. auf § 77 Abs. 1 („Rechnungslegung, Jahresabschluss und Entlastung“) und § 78 SGB IV. Nach § 77 Abs. 1 Satz 1 SGB IV schließen die Versicherungsträger für jedes Kalenderjahr zur Rechnungslegung die Rechnungsbücher ab und stellen auf der Grundlage der Rechnungslegung eine Jahresrechnung auf. Nach § 78 SGB IV gilt:

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für die Sozialversicherungsträger mit Ausnahme der Bundesagentur für Arbeit Grundsätze über die Aufstellung des Haushaltsplans, seine Ausführung, die Rechnungsprüfung und die Entlastung sowie die Zahlung, die Buchführung und die Rechnungslegung zu regeln. Die Regelung ist nach den Grundsätzen des für den Bund und die Länder geltenden Haushaltsrechts vorzunehmen; sie hat die Besonderheiten der Sozialversicherung und der einzelnen Versicherungszweige zu berücksichtigen.

Auf dieser Grundlage sieht die Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung (SVHV) u.a. vor:

#### § 26 Weitergelten von Vorschriften

Soweit durch Gesetz oder in dieser Verordnung nichts Abweichendes oder Gleichlautendes bestimmt ist, sind hinsichtlich der Zahlungen, Buchführung, Rechnungslegung und internen Rechnungsprüfung die für die einzelnen Versicherungsträger jeweils geltenden Verordnungen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften über das Rechnungswesen anzuwenden.

#### § 31 Interne Rechnungsprüfung

<sup>1</sup>Die Jahresrechnung ist durch die für den Versicherungsträger eingerichteten Prüfstellen oder, wenn ständige Prüfstellen nicht vorhanden sind, durch einen vom Vorstand bestellten sachverständigen Prüfer zu prüfen. <sup>2</sup>Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfbericht aufzustellen. <sup>3</sup>Bei den in § 35a Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch genannten Krankenkassen erfolgt die Bestellung des Prüfers nach Satz 1 durch den Verwaltungsrat.

#### § 32 Entlastung

<sup>1</sup>Der Vorstand hat die geprüfte Jahresrechnung zusammen mit dem Prüfbericht und einer Stellungnahme zu den Feststellungen des Prüfberichts der Vertreterversammlung zur Entlastung vorzulegen. <sup>2</sup>Soweit im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung ein Verwaltungsrat besteht, tritt dieser an die Stelle der Vertreterversammlung.

L 7 KA 38/12

- 8 -

Auch insoweit sind weder ein Rechnungsprüfungsausschuss noch ihm unabhängig von der Vertreterversammlung zugewiesene Rechte zwingend vorgesehen.

c) Der Vorgabe aus § 81 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 SGB V, wonach die Satzung der K(Z)V insbesondere Bestimmungen über die jährliche Prüfung der Betriebs- und Rechnungsprüfung und Abnahme der Jahresrechnung enthalten muss, hat die KZV durch § 7 Abs. 2 ihrer Satzung entsprochen. Danach gilt u.a.:

Insbesondere gehört zu den Aufgaben der VV

[...]

d) die Überwachung der Tätigkeit des Vorstandes (§ 79 Abs. 3 Nr. 2 SGB V);

e) die Wahl von weiteren Vertretern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Berlin für die VV der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (§ 80 Abs. 1a SGB V);

f) die Wahl von Mitgliedern zu den gesetzlichen vorgeschriebenen Ausschüssen;

g) die Einsetzung von beratenden Ausschüssen für bestimmte Arbeitsgebiete.

Ausschüsse in diesem Sinne sind z.B.

aa) der Hauptausschuss,

bb) der Haushaltsausschuss,

cc) der Rechnungsprüfungsausschuss,

dd) der Satzungsausschuss

ee) der Fürsorgeausschuss;

[...]

k) die Feststellung des Haushaltsplanes gemäß § 79 Abs. 3 Nr. 4 SGB V;

l) die Entgegennahme des Berichts über die Prüfung der Betriebs- und Rechnungsführung sowie die Entlastung des Vorstandes (§ 79 Abs. 3 Nr. 5 SGB V);

[...]

Weitergehende Bestimmungen über die Befugnisse des (nur beratend wirkenden) Rechnungsprüfungsausschuss sieht auch die Satzung nicht vor.

d) Somit ist bereits keine Rechtsgrundlage dafür ersichtlich, wonach der Rechnungsprüfungsausschuss eigene, d.h. von der ihn einsetzenden Vertreterversammlung unabhängige Rechte hat, die er in einem Rechtsstreit geltend machen könnte. Demnach ist auch die Qualifikation des Rechnungsprüfungsausschusses als Organ äußerst zweifelhaft.

3. Darüber hinaus stehen den Klägern aus zweierlei Gründen keine Einsichtsrechte (mehr) zu.



a. Organschaftliche Rechte des Rechnungsprüfungsausschusses können dessen Mitglieder nur geltend machen, solange sie diesem Gremium angehören. Mit dem Ende der Mitgliedschaft geht auch die Berechtigung, aus ihr folgende Rechtspositionen geltend zu machen, verloren. Insofern gibt es keine Abweichungen zur Situation anderer gewählter Mandatsträger (z.B. Mitglieder der Vertreterversammlung, eines Vereinsvorstandes oder von Stadt- und Gemeinderäten), die die mit dem Wahlamt verbundenen Rechte grundsätzlich nur während der Mandatszeit ausüben und geltend machen können.

b. Unabhängig von der Mitgliedschaft im Rechnungsprüfungsausschuss können ein bestimmtes Prüfungsjahr betreffende Einsichtsrechte nach der Entlastung des Vorstands durch die Vertreterversammlung nicht mehr geltend machen. Die Tätigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses dient nach der allgemeinen, aber auch der konkret erfolgten Konstruktion nur dem Ziel, die Entscheidung der Vertreterversammlung über die Entlastung des Vorstands, quasi als deren Hilfsorgan, vorzubereiten. Hat die Vertreterversammlung insoweit eine positive, d.h. den Vorstand entlastende Entscheidung für ein bestimmtes Jahr getroffen, entfällt zugleich die Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses für dieses Jahr. Denn die Rechnungsprüfung bildet – wie §§ 31, 32 SVHV unmittelbar belegen – ein Element des Entlastungsverfahrens; ohne sie kann eine Entlastung für das geprüfte Haushaltsjahr nicht erfolgen (Borrmann, in: Hauck/Noftz, SGB V, § 77 Rd. 12; Breitzkreuz, in: Winkler, Lehr- und Praxiskommentar – SGB IV, § 77 Rd. 4; JurisPraxiskommentar-SGB V/Theuerkauf, § 77 Rd. 14; Kreikebohm/Brandt, SGB IV, 2.A., § 77 Rd. 9; Krauskopf/Baier, Soziale Krankenversicherung – Pflegeversicherung, 4.A., § 77 SGB IV Rd. 5). Mit der Entlastung wird die Kontrolle des Jahreshaushalts formell beendet und die Haushaltswirtschaft des Vorstandes durch die Vertreterversammlung gebilligt (Krauskopf/Baier, a.a.O.; Liebold/Zalewski, Kassenarztrecht, Loseblattwerk [Stand: Mai 2015], § 79 SGB V, C 79-17). In diesem Zusammenhang spielt es keine Rolle, ob die Vertreterversammlung der KZV die Entlastung hätte beschließen dürfen. Mängel des Entlastungsbeschlusses können nicht diesem nachgelagert vom Rechnungsprüfungsausschuss oder seinen Mitgliedern in einem gegen den Vorstand gerichteten Verfahren geltend gemacht werden, sondern nur nach den allgemeinen Regeln für die Anfechtung von Beschlüssen der Vertreterversammlung.

Abgesehen hiervon wäre es dem Rechnungsprüfungsausschuss wegen seiner Stellung als Hilfsorgan der Vertreterversammlung auch verwehrt, Maßnahmen zu ergreifen oder (ihm ggf. zustehende eigene) Rechte geltend zu machen, die Entscheidungen der ihn legitimierenden Vertreterversammlung entgegenliefern.

III. Der Feststellungsantrag ist unzulässig, weil den Klägern das insoweit erforderliche Feststellungsinteresse gemäß § 55 Abs. 1 SGG fehlt. Nachdem die Kläger aus dem Rechnungsprüfungsausschuss ausgeschieden sind, besteht keine Wiederholungsgefahr. Dass die Feststellung der Rechtswidrigkeit als sozialrechtliche Vorfrage in einem Folgeprozess, z.B. um Ansprüche aus Amtshaftung, von Bedeutung ist, ist weder vorgetragen noch anderweitig ersichtlich. Ein Rehabilitationsinteresse lässt sich schon deshalb nicht bejahen, weil nicht erkennbar ist, dass die Kläger einer diskriminierenden Behandlung ausgesetzt waren. Denn Hinweise darauf, dass der Beklagte einem anders besetzten Rechnungsprüfungsausschuss die begehrte Einsicht gewährt hätte, sind nicht ersichtlich. Auch der Wunsch, die eigene Rechtsauffassung bestätigt zu bekommen, begründet das erforderliche Feststellungsinteresse nicht (Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 24. Mai 2012 – L 9 SO 427/10 –, Rd. 77, juris). Die grundrechtlich geschützte Persönlichkeit der Kläger ist durch die Ausübung eines zeitlich begrenzten, auf einen schmalen Aufgabenbereich beschränkten Amtes nicht tangiert.

IV. Die Kostenentscheidung beruht auf § 197a Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. §§ 154 Abs. 1 und 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) und entspricht dem Ergebnis des Rechtsstreites.

Die Revision wird nicht zugelassen, weil Gründe hierfür (§ 160 Abs. 2 SGG) nicht vorliegen.

## Rechtsmittelbelehrung und Erläuterungen zur Prozesskostenhilfe

### I. Rechtsmittelbelehrung

Diese Entscheidung kann nur dann mit der Revision angefochten werden, wenn sie nachträglich vom Bundessozialgericht zugelassen wird. Zu diesem Zweck kann die Nichtzulassung der Revision durch das Landessozialgericht mit der Beschwerde angefochten werden.

Die Beschwerde ist von einem bei dem Bundessozialgericht zugelassenen Prozessbevollmächtigten innerhalb **eines Monats** nach Zustellung der Entscheidung schriftlich oder in elektronischer Form beim Bundessozialgericht einzulegen. Sie muss bis zum Ablauf dieser Frist beim Bundessozialgericht eingegangen sein und die angefochtene Entscheidung bezeichnen.

Die Beschwerde in schriftlicher Form ist zu richten an das Bundessozialgericht, Graf-Bernadotte-Platz 5, 34119 Kassel bzw. das Bundessozialgericht, 34114 Kassel (nur Brief und Postkarte).

Die elektronische Form wird nur durch eine qualifiziert signierte Datei gewahrt, die nach den Maßgaben der "Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr beim Bundessozialgericht" in das elektronische Gerichtspostfach des Bundessozialgerichts zu übermitteln ist. Über das Internetportal des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs ([www.egvp.de](http://www.egvp.de)) können weitere Informationen über die Rechtsgrundlagen, Bearbeitungsvoraussetzungen und das Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs abgerufen werden.

Als Prozessbevollmächtigte sind nur zugelassen:

1. Rechtsanwälte,
2. Rechtslehrer an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz, der die Befähigung zum Richteramt besitzt,
3. selbständige Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung für ihre Mitglieder,
4. berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft für ihre Mitglieder,
5. Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder,
6. Vereinigungen, deren satzungsgemäße Aufgaben die gemeinschaftliche Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempfänger nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Berücksichtigung von Art und Umfang ihrer Tätigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gewähr für eine sachkundige Prozessvertretung bieten, für ihre Mitglieder.